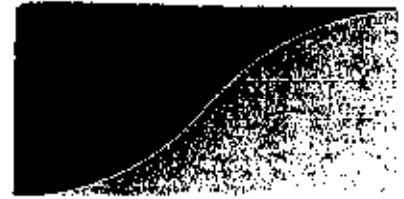


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Inhalt

Karl-Heinz Hiersmann MdL skizziert Chancen und Aufgaben verbesserter Beziehungen zwischen Bayern und der DDR: Gute Beziehungen dienen beiden Staaten.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB mahnt mehr Mittel für Eingliederungsmaßnahmen für Rußland-Deutsche an: Inhumane Behandlung von Spätaussiedlern.

Seite 3

Dokumentation:

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, hat zum 52. Jahrestag der Nürnberger Rassegesetze dazu aufgerufen, dem wachsenden Rechtsextremismus energisch entgegenzutreten. Seine Rede im Wortlaut.

Seite 5

42. Jahrgang / 176

16. September 1987

Gute Beziehungen dienen Bayern und der DDR

Zum Besuch von Erich Honecker

Von Karl-Heinz Hiersmann

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Gute Beziehungen zwischen Bayern und der DDR dienen beiden Seiten. Wir glauben, daß Bayern und die DDR nur gewinnen können, wenn sie gutnachbarliche Beziehungen pflegen.

Bayern und die DDR haben wesentliche gemeinsame Interessen. Zunächst einmal auf dem Gebiet der Friedenssicherung. Die zentrale Lage der beiden Staaten in Mitteleuropa führt zu einem elementaren Interesse auf beiden Seiten, gerade jene Kriegswaffen zu verschrotten, die uns unmittelbar bedrohen. Ich weiß von meinen Gesprächen mit Erich Honecker, daß die DDR diese Einschätzung teilt. Ich bin allerdings verwundert, daß Strauß und die Bayerische Staatsregierung diesen greifbaren Erfolg um eines fragwürdigen „Faustpfandes“ von 72 Schrott-Pershings aufs Spiel setzen wollen.

Die Verschrottung der Kurz- und Mittelstreckenraketen ist für mich nur ein erster, wenn auch wichtiger Schritt. Dem müssen sofort weitere Verhandlungen über die Beseitigung anderer Waf-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Einzelhandel
mit gesetzlicher Rückgabe
Pflicht des Kunden



fensysteme folgen - vor allem auch mit Blick auf biologische und chemische Waffen. Auch dazu gibt es zwischen der DDR und den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik bereits konkrete Überlegungen, die rasch umgesetzt werden könnten. Das gemeinsame Nahziel muß die Schaffung eines waffenfreien Korridors quer durch Mitteleuropa werden. Daran müssen Bayern und die DDR elementarste Überlebensinteressen haben.

Ich sehe aber auch die Chancen einer Zusammenarbeit auf ökologischem und ökonomischem Gebiet wachsen. Die Handels- und Warenwünsche der DDR, die ich im letzten Jahr von meinem Besuch bei Erich Honecker mitgebracht habe, sind bei der bayerischen Wirtschaft, vor allem beim Handwerk auf lebhaftes Interesse gestoßen. Und der granzüberschreitende Umweltschutz - von der Belastung mit Luftschadstoffen bis zur Gewässerverschmutzung - macht Fortschritte. Die Erkenntnis, daß Umweltgift vor nationalen Grenzen nicht haltmachen, dringt auch in das Bewußtsein der verantwortlichen Politiker vor.

Wir Sozialdemokraten würden uns freuen, wenn der Besuch Erich Honeckers in München auch bei der bayerischen Mehrheitspartei zu einem Auftauen doch noch sehr verkrusteter Meinungen und Positionen gegenüber der DDR führen würde. Dann würde auch für viele Bürger in Bayern so manches leichter, gerade bei jenen, die in Nordbayern derzeit noch eine starre und undurchdringliche Grenze in ihrem Rücken haben. Die Chancen dazu stehen gut. Dem darf sich die Politik nicht entziehen.

(-/16.9.1987/vo-he/st)

* * *



Inhumane Behandlung von Spätaussiedlern

Für die sprachlichen Eingliederungsmaßnahmen von Rußland-Deutschen
stehen nur völlig unzureichende Mittel zur Verfügung

Von Horst Niggemeler MdB

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann kündigte auf dem 20. Bundestreffen der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ an, daß sich bei der Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion eine „Wendung zum Besseren“ abzuzeichnen scheine. Gemeint ist damit eine verstärkte Zuwanderung von Aussiedlerfamilien, die sowohl aus der Sowjetunion, als auch aus den anderen ost- und süd-osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik übersiedeln dürfen.

Zimmermann hat Recht. Schon in den ersten sieben Monaten des Jahres 1987 sind mit 32.083 Aussiedlern etwa 50 Prozent mehr in die Bundesrepublik gekommen, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Allein aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien sind es 31.167 (1986: 20.077) neue Bundesbürger, die in Staat und Gesellschaft eingegliedert werden müssen.

Interessant ist dabei, daß der Bundesinnenminister richtigerweise vor der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“ einräumte, daß die „ständig schlechter werdenden Deutschkenntnisse der Aussiedler eingliederungshemmend“ seien, und daß nicht zuletzt deshalb „das Hauptaugenmerk auf eine Verlängerung und Intensivierung der Sprachförderung gerichtet“ werden müsse. So weit, so gut. Doch ministerielle Sonntagsreden - Zimmermann sagte dies tatsächlich an einem Sonntag - und praktisches Regierungshandeln sind leider allzuoft zwei Paar Schuhe.

Tatsache ist, daß sich das vom Bundesinnenminister geforderte „Hauptaugenmerk“ in der Bundesregierung nicht auf die Intensivierung der Sprachförderung, insbesondere der jugendlichen Aussiedler richtet, sondern der Bundesfinanzminister durch seine Kürzungsmaßnahmen eine Lähmung der Sprachförderung für diesen Personenkreis herbeiführt.

Im August dieses Jahres standen die von den caritativen Spitzenorganisationen der katholischen und evangelischen Kirche geführten Förderschulinternate für die jugendlichen Aussiedler unmittelbar vor der Pleite. In Bonn hatte der Bundesfinanzminister kurzerhand die ohnehin knapp bis unzureichend bemessenen Fördermittel von 125 auf 117 Millionen Mark gekürzt. Die Folge: Die kirchlichen Trägerorganisationen hatten die Schließung der Förderschulinternate wegen fehlender Finanzmittel ins Auge zu fassen.

Nur durch massive Interventionen der Trägerorganisationen - selbst ein Brief des Deutschen Caritasverbandes an Kanzler Kohl wurde auf den Weg gebracht - konnte die drohende Schließung der Förderschulinternate vorläufig vermieden werden. Die Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth hatte zum Beispiel für die Förderschulinternate in Nordrhein-Westfalen sechs Millionen Mark zusätzlich überwiesen.



Die Münster'sche Bistumszeitung „Kirche und Leben“ sieht jedoch darin „nach Ansicht der Förderschulen das eigentliche Problem in keinster Weise gelöst“, denn die Förderschulen - so die Bistumszeitung - „können nach den Ferien nur mit 60 Prozent der eigentlich vorgesehenen Kinder beginnen“.

Was sagte noch der Bundesinnenminister über die Intensivierung der Sprachförderung? Wir müssen es wohl vergessen.

Es wird wohl noch schlimmer kommen, wenn sich der Zimmermann-Kollege Stoltenberg mit seinen Haushaltsansätzen für die Förderschulinternate in 1988 durchsetzen sollte.

Nur 116 Millionen Mark sind im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehen. Neun Millionen Mark weniger, als im Haushalt 1987! Und das bei überproportional steigenden Ausgliederzahlen!

In Kreisen der Trägerorganisationen für die Förderschulinternate wird 1988 mit einem um 150 bis 160 Millionen Mark liegenden Finanzbedarf gerechnet.

Für die Förderschulinternate kündigt sich also schon jetzt ein neues und noch erheblich verstärktes Finanzierungsfiasko an. Die Bundesfamilienministerin muß deshalb möglichst umgehend die Frage beantworten, was sie definitiv zu tun gedenkt, um dieser letztlich inhumanen Behandlung insbesondere unserer jugendlichen Spätaussiedler wirkungsvoll zu begegnen.

Wenn die Bundesregierung ihre politische Glaubwürdigkeit in dieser Frage nicht endgültig verspielen will, sollte sie mit dem offenkundigen Widerspruch Schluß machen, daß auf der einen Seite Bundesinnenminister Zimmermann zum Beispiel an die Sowjetunion appelliert, „ausreisewilligen Deutschen die Ausreise aus der UdSSR zu ermöglichen“ und auf der anderen Seite im Bundeshaushalt nur völlig unzureichende Mittel für die sprachlichen Eingliederungsbemühungen zur Verfügung gestellt werden. Auch die Träger der Förderschulinternate haben Anspruch auf die politische Berechenbarkeit der Bundesregierung.

(-/16.9.1987/vo-ha/rs)



DOKUMENTATION
 =====

Heinz Gallnski: Das Wiederaufleben des Nazismus verhindern

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Gallnski, und der SPD-Landesvorsitzende Walter Momper haben dazu aufgerufen, den wachsenden Rechtsextremismus energisch abzuwehren. Sie sprachen am Dienstag nachmittag nach einem Schweigemarsch, der den Weg der in die Vernichtungslager deportierten Berliner Juden vom „Sammelplatz“ bis zum Bahnhof nachvollzog, und an die Verkündung der Nürnberger Rassegesetze vor 52 Jahren erinnerte. Wir dokumentieren die Rede von Heinz Gallnski:

Wir haben einen Schweigemarsch hinter uns. Wir passierten eine Strecke, die vor Jahren täglich vom Schweigen gezeichnet war, vom Schmelgen, das zum Himmel schrie. Unser heutiger Marsch sollte dazu beitragen, daß dieser Aufschrei hörbar bleibt.

Heute vor 52 Jahren erließ man in Nürnberg die schändlichen Rassegesetze, deren Folge für Millionen jüdischer Menschen Entrechtung war, Ermordung und nach dem Tode Beraubung. Millionen von Menschen, von jüdischen Bürgern dieses Landes und später auch der besetzten Länder Europas, wurden einige Jahre später als Folge auch dieser Gesetze gekennzeichnet, gebrandmarkt, ihrer Rechte für verlustig erklärt und aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Diese Gesetze waren Ausdruck einer Unmenschlichkeit, die schon damals dankenden Menschen hätte zeigen müssen, wohin der Wahnsinn der nationalsozialistischen Barbarei führen wird. Sie hat es nicht, und diese Tatsache mit ihren Folgen sollte uns eine Mahnung sein.

Aber nicht nur das Schweigen der gekennzeichneten Opfer, deren Weg zu diesem Bahnhof hier ihr letzter Weg in die Vernichtungslager wurde, wurde zum Verhängnis der damaligen Zeit. Es war auch und vor allem das andere Schweigen: Das Schweigen der Gleichgültigen, das Schweigen der sprichwörtlichen schweigenden Mehrheit, das Schweigen derer, die weggesehen haben, die Verbrechen, Unmenschlichkeit und Mord in ihrem Land, in ihrer Stadt, ja in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft geduldet haben.

Wenn wir Lehren ziehen wollen aus der Geschichte, so müssen wir vor allem die Stellen finden, an denen einem künftigen Ausbruch der Barbarei der Riegel vorgeschoben werden kann.

Und das heißt erstens, die Zeichen ernst zu nehmen, die die Bedrohung des neonazistischen Gedankengutes anzeigen, um die Gefahr rechtzeitig zu erkennen, und es heißt zweitens, Gleichgültigkeit nicht zuzulassen und aktiv für eine menschliche und demokratische Gesellschaft einzustehen, um diese Gefahr wirksam bekämpfen zu können. Hätten die Gegner der Nationalsozialisten in Deutschland und in der Welt die Gefahr früh genug ernst genommen, hätten sie die Verhängung einer so barbarischen Maßnahme wie der Nürnberger Rassegesetze angemessen beantwortet, hätten sie die Propaganda von ihren Anfängen an beim Wort genommen, wäre uns, wäre der ganzen Welt viel Leid erspart geblieben.

Ich gehöre zu den vielen, die von dem Getriebe der Tötungsmaschinerie erfaßt wurden und zu den wenigen, die die Vernichtungslager wieder lebend verlassen konnten. Seitdem war es mein Hauptgedanke, das Wiederaufleben des Nazismus mit allen Mitteln zu verhindern.

Ich sah und sehe zu diesem Ziel keinen anderen Weg, als den der Verständigung, des Zusammenwirkens aller Menschen guten Willens miteinander. Und die Ereignisse der letzten Wochen zwingen mich dazu, lauter zu werden als ich je war, zwingen mich dazu, die Schweigenden und Gleichgültigen wachzurütteln, solange noch Zeit ist. Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen es mit erschreckender Deutlichkeit: Nicht nur der Neonazismus, der Nazismus selbst ist aus vielen Köpfen in diesem Lande noch nicht verschwunden.



Davon legen Bilder in der Presse Zeugnis ab, die angetrunkene Jugendliche mit Nazisymbolen, Nazi-Grüßen und fanatisiertem Blick darstellen. Davon legen Nachrichten ein Zeugnis ab, Nachrichten über Zusammenrottungen der alten Ewiggestrigen und der Jungen, die sich von Ihrer gefährlichen Propaganda fehlleiten ließen. Und davon legen nicht zuletzt die Ergebnisse der letzten Wahlen in Bremen Zeugnis ab.

Was werden, so frage ich, die Politiker für neue Ausreden und Ausflüchte finden, um fünf Prozent in Bremen und knapp fünf Prozent in Bremerhaven für rechtsradikale Organisationen wie die DVU und die Republikanische Partei zu rechtfertigen?

Verhermlosung schläfert ein und gleichgültiger Schlaf könnte angesichts der mehr als alarmierenden Zeichen, deren wir Gewähr werden müssen, tödlich ausgehen.

Ist es überhaupt heute noch den jungen Menschen klar, was die Spätfolgen der Nürnberger Gesetze für uns, für die Ausgestoßenen für Auswirkungen hatten? Kann es sich in der heutigen Gesellschaft jemand vorstellen, daß wir nur besonders gekennzeichnete Bänke im Park benutzen durften, daß wir, die wir zur schwersten Zwangsarbeit mißbraucht wurden, zu den üblichen Ladenzeiten nicht einkaufen durften, daß unser Zugang zu den Lebensmitteln noch über die Rationierung hinaus durch weitere Einschränkungen eingeeengt wurde?

Wenn ich es heute hier laut sage, so gewiß nicht, um Mitleid zu erwecken. Mitleid haben wir nicht nötig. Nein, ich sage es, um das Ausmaß der Unmenschlichkeit, der Barbarei und der Würdelosigkeit deutlich zu machen, um zu zeigen, wohin Gleichgültigkeit einmal geführt hat und wohin sie immer wieder führen kann. Der gelbe Stern ist für uns unser Davidstern geblieben. Wir haben ihn trotz allem mit Stolz getragen - und doch war er ein Schandmal, ein Bann, ein Ausstoßen.

Und wenn ich heute Stimmen höre, die nach alledem Auschwitz eine Lüge nennen, wenn ich höre, daß sie es sogar straflos tun können, solange es nicht vor der breitesten Öffentlichkeit geschieht, dann bin ich nicht nur erschüttert, sondern fühle auch verstärkte Verpflichtung und Verantwortung.

Barbarische Gesetze sollten uns damals aus der Gesellschaft ausschließen, später sollten diesen andere, noch brutalere Gesetze folgen, die Kennzeichnung von Menschen wie im tiefsten Mittelalter verhängt haben. Ich wäre daher der letzte, der den Ausschluß eines Menschen aus der Gesellschaft verlangen würde. Aber diejenigen, die heute noch dem Lockruf der verbrecherischen Ideologie anhängen, schließen sich dadurch selbst aus der menschlichen Gesellschaft aus. Aus Sorge um die Zukunft, aus Verantwortung für das Werk, das wir in Jahren mühevoller Arbeit zusammen vollbracht haben, aus Verpflichtung den Toten und den noch nicht Geborenen gegenüber richte ich daher an Sie, an alle Menschen guten Willens meinen Appell: Lassen wir nicht zu, daß sich die Last der unbewältigten Vergangenheit noch weiter verbreitet. Lassen wir nicht zu, daß dem Treiben der Verhetzer widerstandslos freies Feld überlassen wird, daß sie wieder für eine schweigende Mehrheit sprechen können.

Lassen wir nicht zu, daß die Mehrheit schweigt. Lassen wir nicht zu, daß wieder Gleichgültigkeit unvermeidlich Vorschub leistet. Um die Wahrung der Demokratie zu gewährleisten, müssen wir aktiv werden und uns uneingeschränkt für Humanität, Freiheit, für Zivilisation einsetzen. Der Ungeist der Nürnberger Gesetze sei uns eine Warnung: jeder Zentimeter an Boden, der der Demokratie verlorengeht, ist ein Zentimeter, den die Barbarei gewonnen hat.

Wehret den Anfängen!

(-/16.9.1987/vo-he/ra)

* * *

